

Kriegsberichterstattung als Thema kommunikationswissenschaftlicher Forschung

Ein Überblick zum Forschungsstand und den Beiträgen in diesem Themenheft

Christiane Eilders/Lutz M. Hagen

Für die Medien ist Krieg schon seit jeher ein wichtiges Thema, weil er reich an Nachrichtenfaktoren ist. Umgekehrt werden die Medien für den Krieg immer bedeutsamer, weil sie zunehmend nützlichere Instrumente für jene darstellen, die in der Situation von Kriegen handeln. Der Krieg wird also medialisiert, was ihm erhöhte Aufmerksamkeit aus der Kommunikationswissenschaft einträgt. Aktuelle Arbeiten aus der deutschen Kommunikationswissenschaft präsentiert dieses Themenheft. Sie befassen sich mit den veränderten Voraussetzungen der Kriegsberichterstattung oder untersuchen Muster und Wirkungen der Kriegsberichterstattung aus deutschen Medien. In diesem Einleitungsartikel werden die Beiträge im Überblick dargestellt und in der einschlägigen Forschung verortet.

Keywords: Kriegsberichterstattung, Medialisierung, Nachrichtenfaktoren, Golfkrieg

So gut, wie Krieg den Aufmerksamkeitsregeln des Medienbetriebs entspricht, so gut erfüllt offenbar die Kriegsberichterstattung die Anforderungen der Themenwahl in der Kommunikationswissenschaft. Zur Kriegsberichterstattung im dritten Golfkrieg wurden derart viele neue Arbeiten vorgelegt, dass man geradezu einen Boom des Forschungsthemas diagnostizieren muss. Bereitjahrs im e 1991 waren weltweit über 70 Studien durchgeführt worden, die das Medienverhalten während des zweiten Golfkriegs im selben Jahr analysierten (Gleich 2003: 141). Welches Ausmaß die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Medien im Irakkrieg 2003 erlangen würde, war damals noch nicht abzusehen.

Auf die Nachrichtenfaktoren, die der Ereignistyp Krieg so reichlich und ausgeprägt aufweist, sprechen offenbar nicht nur Journalisten, sondern eben auch Wissenschaftler an. Schließlich hat die Nachrichtenwerttheorie europäischer Prägung ihren wichtigsten Faktorenkatalog auf der Grundlage von wahrnehmungspsychologisch fundierten Aufmerksamkeitsregeln entwickelt (Galtung/Ruge 1965). Dem Krieg lassen sich viele Nachrichtenfaktoren von der Liste der norwegischen Friedensforscher zuschreiben:

- Krieg lässt sich leicht episodisieren und entspricht daher dem Nachrichtenfaktor *Frequenz*: Die politischen und kulturellen Hintergründe mögen komplex und schwer fassbar sein. Die Kampfhandlungen selbst haben meist einen klaren Anfang und ein klares Ende. Sie umfassen viel prinzipiell sichtbares Geschehen, dass sich wiederum leicht in Episoden (Schlachten, Gefechte, Kapitulationen, Tode ...) einteilen lässt (vgl. Hicethier 1991).
- Aus den gleichen Gründen kann Krieg als *eindeutiges* Geschehen gelten. Dazu trägt außerdem bei, dass die beteiligten menschlichen und korporativen Akteure sich überwiegend klar identifizieren lassen, der Sieg als Endziel der jeweiligen Kontrahenten feststeht und die Fronten insofern geklärt sind.
- Kriegsgeschehen ist so dynamisch und intensiv, dass es *Schwellenwerte* der Aufmerksamkeit leicht überschreitet.
- Krieg ist zerstörerisch und bedrohlich und wird daher als hochgradig *negatives* Geschehen wahrgenommen.

- Krieg ist in höchstem Maße *relevant*, durch ihn stehen in ganzen Ländern das Leben, die Gesundheit, die Freiheit und das Hab und Gut der Menschen auf dem Spiel.
- Krieg ist *personalisiert*: Das Geschehen lässt sich leicht an Personen festmachen, die beteiligten menschlichen Akteure lassen sich überwiegend klar identifizieren.

Dies alles macht den Krieg dramatisch, wozu jedoch besonders die duellartige Situation der beteiligten Streitmächte beiträgt, für die es um Sieg oder Niederlage geht. Durch diese Dramatik eignet sich der Krieg hervorragend als Sujet für journalistische und wissenschaftliche Erzählungen. Schließlich sind Nachrichtenfaktoren nicht zuletzt Merkmale einer spannenden Erzählung (vgl. Buonnano 1993, Hickethier 1997).

Doch gibt es noch einen zweiten Grund für die gesteigerte Aufmerksamkeit, mit der sich die Wissenschaft dem Krieg zuwendet. Das Interesse hat wohl etwas damit zu tun, dass Medien in modernen Kriegen eine immer größere Rolle spielen. Wie viele andere gesellschaftliche Felder so durchläuft auch der Krieg einen Prozess der Medialisierung, der verschiedene Facetten hat: Mediale Kommunikation wird ausgedehnt; sie ersetzt nicht-mediale Kommunikation und die Medien ersetzen andere soziale Organisationen und Institutionen; nicht-mediales Handeln verschmilzt mit medialem Handeln und die Akteure orientieren sich zunehmend an den funktionalen Erfordernissen und Logiken der Medien (Schulz 2004).¹

Für die Medialisierung des Krieges gibt es exogene und endogene Ursachen. Die exogenen Ursachen finden sich in der generellen gesellschaftlichen Medialisierung, die u. a. als Folge von technischem Fortschritt, sinkenden Distanzüberwindungskosten und Deregulation zu den Kernprozessen der Globalisierung und Informatisierung post-industrieller Gesellschaften zählt. Daneben treibt der Krieg selbst die Medialisierung auf endogene Weise voran, denn er erhöht den Informationsbedarf der (zahlreich und stark s. o.) Betroffenen und motiviert zur Entwicklung von (maschinellen und sozialen) Techniken der effizienteren und effektiveren Informationsübermittlung. Dafür gibt es wiederum zwei Gründe. Zum einen haben die besser Informierten Vorteile im Kriegsgeschehen. Sie können z. B. erfolgreicher kämpfen oder fliehen – informationelle Überlegenheit kann kriegsentscheidend sein. Zum anderen kann die politische Legitimation, die in der Regel in der öffentlichen Auseinandersetzung stattfindet, kriegsentscheidend sein und wird mit zunehmender exogener Medialisierung immer kriegsentscheidender. Daher haben Kriege massiv dazu beigetragen, Propagandatechniken und andere Verfahren der Öffentlichkeitsarbeit weiterzuentwickeln (vgl. z. B. Wilke 1995).

1. Kurze Geschichte der Medialisierung des Krieges

Krieg und Eroberung waren von Beginn an beliebte Sujets der Massenmedien, wie die Inhalte von „Newen Zeytungen“ und speziell Entdeckerzeitungen belegen. So entstand auch das Berufsbild des Kriegskorrespondenten bereits mit dem Aufkommen der ersten Tageszeitungen. Doch als erster „Pressekrieg“ wird häufig der Krimkrieg (1853–1856) bezeichnet, da hier erstmals Dutzende von Korrespondenten das Geschehen begleiteten und der Krieg sich für die Medien zudem als ökonomisch besonders interessant erwies. Die Zeitungen konnten ihre Auflagen um ein Vielfaches steigern (Dominikowski 2004: 63). Schrader sieht den ersten medialen Krieg in dem amerikanischen Sezessionskrieg

1 Die Begriffe „Medialisierung“ und „Mediatisierung“ werden in der Kommunikationswissenschaft weitgehend synonym verwendet. Wir geben hier dem ersten Begriff den Vorzug, nachdem „Mediatisierung“ in der Bedeutung „Vermittlung“ auch anderweitig belegt ist (vgl. Schulz 2004).

(1861–1865). Zu dieser Zeit hatte die Konkurrenz zwischen den Medien enorm zugenommen. Die Journalisten versuchten, mit sensationellen Erstmeldungen Aufmerksamkeit zu erlangen (Schrader 2002: 45 ff.).

Der Erste Weltkrieg stellte eine erneute Zäsur dar; Massenmedien wurden zu Instrumenten der Staatspropaganda (Schrader 2002: 47; Dominikowski 2004: 66f.; Wilke 1997). Die Kriegspropaganda wurde erstmalig wissenschaftlich untermauert und systematisch angewandt. Zu einer Perfektionierung der Propaganda kam es im Zweiten Weltkrieg, bei dem die neuen Medien Hörfunk und Film eine wichtige Rolle spielten. Das Fernsehen dagegen erlangte erst im Vietnamkrieg Bedeutung (Dominikowski 2004: 73). Wegen der umfangreichen Fernsehberichterstattung ging dieser Krieg als der erste „Wohnzimmerkrieg“ in die Geschichte ein. Die Journalisten wurden nicht durch Zensur eingeschränkt; allerdings kamen die Informationen über Kampfhandlungen in der Regel aus den Pressestellen des Militärs (Dominikowski 2004: 73).

Die Digitalisierung und die Satellitentechnik ermöglichten, dass der zweite Golfkrieg (1991) in großem Umfang per Live-Berichterstattung auf die Bildschirme kam. Inzwischen haben die mobile Bildtelefonie und die Ausbreitung des Internets die Möglichkeiten der Echtzeitkampfbichterstattung noch erweitert. Die neue Technik kann selbst relativ kleinen Medienorganisationen erhebliche internationale Resonanz verschaffen, was sich am Aufstieg der Satelliten-Nachrichtenprogramme im Nahen und Mittleren Osten zeigt (vgl. Hahn in diesem Heft). Selbst einzelne Kriegsausgesehen können per Internet inzwischen erhebliche Teile der Weltöffentlichkeit erreichen, wenn die Verstärker-maschinerie der herkömmlichen Massenmedien sich aufschaltet – das hat z. B. die Geschichte des Bloggers „Salam Pax“ im dritten Golfkrieg gezeigt (Salam Pax 2003).

Eine weitere Besonderheit des zweiten Golfkriegs lag in der Einrichtung des so genannten Pool-Systems durch die US-Armee. Damit wurde nur ausgewählten Journalisten erlaubt, die Einsätze zu begleiten (Dominikowski 1993: 33 ff.). Dieses System wurde im dritten Golfkrieg zu Gunsten der Strategie des „embedded reporting“ aufgegeben, die Journalisten in die kämpfenden Truppen integriert. Das Embedding ist aber nur eine Maßnahme, die das US-amerikanische Militär in der Zeit zwischen dem zweiten und dem dritten Golfkrieg zusammen mit der so genannten Informationsdoktrin aus dem Jahr 1998 entwickelt hat, in der die Informationsüberlegenheit zur Priorität allen militärischen Handelns erhoben wurde (vgl. dazu Szukala in diesem Heft).

2. Struktur der Forschung

Die Thematisierung des Verhältnisses von Medien und Krieg verläuft in Wellen, die durch besonders stark beachtete Kriege ausgelöst werden. Trotz der Tradition dieses Themas hat sich lange kein integriertes Forschungsfeld herausgebildet (Löffelholz 2004a; Becker 2002: 19). Ein Grund liegt sicher darin, dass die einschlägige Forschung durch jeweils aktuelle Kriege angestoßen wurde und sich stark darauf konzentrierte, deren Besonderheiten zu untersuchen. Die Dominanz dieses fallstudienorientierten und induktiven Vorgehens trug nicht zur theoriegeleiteten Entwicklung einer Forschungsagenda bei.

Eine weitere Erschwernis stellt die Verortung des Gegenstandes zwischen verschiedenen Disziplinen dar. Arbeiten zum Themenbereich Medien und Krieg finden sich in unterschiedlichen Traditionen der Kommunikationswissenschaft (im deutschsprachigen Raum etwa Löffelholz 2004 und 1993; Beuthner et al. 2003; Eilders/Lüter 2000; Kohring/Görke/Ruhrmann 1996; Imhof/Schulz 1995; Hickethier 1991), in der Politikwissenschaft und in anderen sozialwissenschaftlichen Forschungsbereichen (z. B.

Szukala 2003; Becker 2002; Bussemer 2003; Kempf 1990). Ein gemeinsames theoretisches „Dach“ für kumulative und systematische Forschung müsste somit erst entwickelt werden. Die mehrheitlich vorgelegten Fallstudien sind häufig nur notdürftig theoretisch unterfüttert und nehmen kaum aufeinander Bezug. Relativ kurz vor diesem Themenheft sind erste ergiebige Systematisierungsversuche unterschiedlicher Ansätze und Befunde aus der Kriegsforschung erschienen (z. B. Gilboa 2005, Löffelholz 2004a). Solche Systematisierungen bilden die Voraussetzung für eine gemeinsame Theoriebildung. Allerdings müssen ausreichend viele Längsschnittstudien und international vergleichende Untersuchungen vorliegen, wenn die Strukturbedingungen für die spezifischen Arten der Beziehung zwischen Medien und Politik präzise bestimmt werden sollen.

3. Inhaltliche Muster der Kriegsberichterstattung

Mit dem Boom von Untersuchungen zum Themenfeld Medien und Krieg im dritten Golfkrieg wurde offenbar eine kritische Masse an Veröffentlichungen erreicht, um Zwischenbilanzen zu ziehen und Desiderate für die weitere Forschung zu formulieren. Die wissenschaftliche Debatte konzentriert sich dabei stark auf die generelle Entwicklung von Kriegsberichterstattung in den letzten Jahrzehnten und auf die Charakteristika der Berichterstattung. Entsprechend dominieren allgemeine Überblicke und Analysen und eine stark zunehmende Zahl Inhaltsanalysen das Feld.²

Die vielen Inhaltsanalysen befassen sich v. a. mit der Frage, wie die Medien durch ihre Berichterstattung Kriege legitimieren oder delegitimieren, indem sie die Kriegsgründe, den Kriegsverlauf und die Kriegsparteien auf eine spezifische Weise darstellen und mehr oder weniger kritisch beurteilen. In der US-amerikanischen Forschung hatte bereits der Golfkrieg 1991 eine Welle an einschlägigen Untersuchungen ausgelöst (vgl. z. B. Hallin 1994; Bennett/Manheim 1993, Entman/Page 1993). Auch im europäischen Raum wird dieser Frage verstärkt nachgegangen (vgl. z. B. die Beiträge in Albrecht/Becker 2002 und im Sonderheft des *European Journal of Communication*, vol. 15, 3/2000).

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Frage der Qualität der Kriegsberichterstattung. Hier geht es vor allem darum, ob Kriegsberichterstattung parteiisch ist. Häufig werden die Konstruktion von Stereotypen oder die Stilistiken von Parteilichkeit als Folge von kulturellen oder beteiligungsbedingten Perspektiven der Journalisten bzw. Akteure untersucht. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Oberflächlichkeit einer Kriegsberichterstattung, die sich auf die Episodik technisch-strategischer Aspekte des Kampfgeschehens konzentriert und komplexe thematische Zusammenhänge aus dem politischen und kulturellen Feld ausblendet (vgl. z. B. Beuthner u. a. 2003) und auf bildlich Darstellbares konzentriert (Knieper/Müller 2005). Im Sonderheft des *European Journal of Communication* (vol. 15, 3/2000) zum Kosovokrieg sind einige Analysen dieser Art dokumentiert.

Die Analysen befassen sich häufig mit dem Framing von Kriegen. Hier wird ermittelt, wie sich bestimmte Intentionen in der Berichterstattung niederschlagen. Besonders gut lassen sich verschiedene Framing-Strategien in internationalen Vergleichen oder in Vergleichen zwischen verschiedenen Kriegen herausarbeiten. Außerdem stehen Muster der Quellenverwendung im Mittelpunkt vieler Inhaltsanalysen. Dahinter steht die Frage nach Einflüssen auf die Medienberichterstattung (vgl. unter 4.).

2 Vgl. etwa die Ausgabe des *Harvard Journal for Press and Politics*, vol. 10, 1/2005, die sich schwerpunktmäßig mit Kriegsberichterstattung befasst.

Einen relativ ausführlichen und aktuellen Überblick über Muster und Inhalte, die als Ergebnisse von Inhaltsanalysen der Kriegsberichterstattung aufgedeckt wurden, liefert Löffelholz (2004a).

4. Einflussfaktoren auf die Kriegsberichterstattung

Durch die Inhaltsanalyse lassen sich aber nicht nur Berichterstattungsmuster aufdecken. Vielmehr wird dieses Verfahren oft dazu eingesetzt, um Faktoren der Nachrichtenauswahl und -aufbereitung aufzudecken. Schließlich ist für die Kriegsberichterstattung seit jeher eine erschwerte Zugänglichkeit zum Geschehen typisch – jedenfalls im Vergleich zu politischen Routineanlässen.

Einflussfaktoren werden häufig in international vergleichenden Inhaltsanalysen oder in Studien zu unterschiedlichen Medien untersucht. So wird üblicherweise versucht, aus Unterschieden zwischen der Berichterstattung aus verschiedenen Ländern auf bestimmte Informationspolitiken oder Zensurpraktiken der jeweiligen Regierungen zu schließen, auf bestimmte Stereotypen oder Feindbilder in den Ländern. Auch der Grad der Übereinstimmung im Mediensystem oder der Umfang und das Ausmaß der Kritik an einem Krieg bzw. der Kriegsunterstützung können Aufschluss über Einflüsse auf die Berichterstattung geben.

Der indirekte Zugang zu den Kommunikationsabsichten der Primärakteure und ihren spezifischen Strategien via Inhaltsanalyse hat bislang die direktere empirische Erforschung bei weitem überwogen. Überhaupt sind Analysen von Kommunikationsstrategien der Kriegsparteien nach wie vor vergleichsweise selten. Im Mittelpunkt der bestehenden Studien steht die Beziehung zwischen Kriegsberichterstattung und sicherheitspolitischem Informationsmanagement. In neuerer Zeit hat sich insbesondere ein starkes Interesse an der US-amerikanischen Kommunikationspolitik im Krieg entwickelt. So wird in Dokumentenanalysen die Informationsstrategie von US-Regierung und Militär untersucht. Es lassen sich die neueren, explizit militärischen „information operations“ von den bereits schon etwas länger diskutierten, außenpolitischen Maßnahmen der „public diplomacy“ unterscheiden (vgl. dazu Bussemer 2003, Szukala 2003 und in diesem Heft; Schlüter 2004).

Auch die Analysen von Rahmenbedingungen im politischen System sowie im Mediensystem versprechen in Bezug auf die Erklärung von Medienberichterstattung ertragreich zu sein. Mit der enormen Präsenz von Al-Jazeera im dritten Golfkrieg ist auch das wissenschaftliche Interesse an den Rahmenbedingungen der Medienproduktion im arabischen Raum gestiegen.

Einer der prominentesten Ansätze, die sich mit den Einflüssen auf die Kriegsberichterstattung beschäftigen, ist die Indexing-These (Bennett 1990). Ursprünglich im Kontext der US-amerikanischen Berichterstattung über US-amerikanische Kriege formuliert, ist sie in letzter Zeit auch bei der Untersuchung der deutschen Kriegsberichterstattung, also häufig in Fällen ohne direkte deutsche Kriegsbeteiligung, aufgegriffen worden (vgl. z. B. Eilders/Lüter 2000; Weiß/Maurer 2005; Weiß/Weiß 2005; vgl. auch Pöhr in diesem Heft). Die These besagt, dass die Medienberichterstattung über Kriege der Meinungsverteilung in Parlament und Regierung folgt, die Meinungskonstellation im politischen System also indiziert. Im Falle eines parlamentarischen Konsenses äußern die Medien – folgt man dieser These – keine Kritik am Regierungskurs. Die Kritik verlagert sich nach einer Annahme Mermins auf Fragen des Vorgehens und der Performanz, während die Legitimation eines Kriegs nicht mehr in Zweifel gezogen wird (Mermin 1999). Wird dagegen in Parlament oder Regierung Dissens sichtbar, berichten auch die Medien kritischer.

5. Wirkungen von Kriegsberichterstattung

Bislang beschäftigen sich nur relativ wenige Arbeiten mit der Wirkung von Kriegsberichterstattung. Hier lassen sich zwei Ansätze unterscheiden: Während die einen die Wirkungen der Berichterstattung auf das Publikum untersuchen, befassen sich die anderen mit Medien-Effekten auf das politische System. Interessanterweise ist die Fokussierung auf das Publikum, die in der kommunikationswissenschaftlichen Wirkungsforschung den Großteil der Studien bestimmt, in der Untersuchung von Medien im Krieg relativ selten zu finden. Dagegen dominieren Arbeiten zu Wirkungen auf die politischen Akteure, die wiederum in der übrigen Wirkungsforschung eher randständig sind.

Eine zentrale Forschungstradition im Rahmen der publikumsbezogenen Wirkungsforschung zu Medien im Krieg ist mit den Arbeiten zum so genannten „Rally-around-the-Flag“-Effekt benannt. Hier wird davon ausgegangen, dass in Kriegssituationen die politische und militärische Führung beim Publikum beliebter werden und Vertrauen gewinnen. Allerdings trägt diese Unterstützung nicht langfristig, sondern geht nach wenigen Monaten wieder auf das Vorkriegsniveau zurück (vgl. Parker 1995, McLeod/Eveland/Signorelli 1994; Bytzek in diesem Heft).

In Bezug auf die Wirkungen von Kriegsberichterstattung auf das politische System ist der so genannte „CNN-Effekt“ prominent. Dieser Ansatz hat in neuerer Zeit zu einer erfreulichen Konturierung des Forschungsfeldes beigetragen. Die einschlägigen Arbeiten befassen sich mit der Interaktion zwischen Medien und Politik. CNN steht dabei für global empfangbares Fernsehen im Allgemeinen, wie es bspw. auch von BBC World geleistet wird und von Al-Jazeera, Letzteres allerdings nicht weltweit verständlich. Die These vom CNN-Effekt entstand im Kontext von internationalen Konflikten in der Zeit nach dem Kalten Krieg (z. B. zweiter Golfkrieg 1991, Bürgerkriege in Somalia, Ruanda, sowie Bosnien und Kosovo). Medien nehmen danach die Rolle von aktiven Politikern ein oder sogar von Kriegsparteien. Die globalen Fernsehsender lenken, so die Annahme, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf bestimmte Krisengebiete und erzwingen damit eine Intervention. In der ursprünglichen Formulierung waren dabei lediglich humanitäre Katastrophen angesprochen, mittlerweile wird unter den CNN-Effekt allerdings fast jedes Einflusspotenzial, dass von der Kriegsberichterstattung ausgeht, subsumiert (vgl. z. B. die Darstellungen bei Gilboa 2005; Livingston 1997; Robinson 2001). Diese Allgemeinheit und die Annahme eines direkten Einflusses sind stark umstritten. Kritiker des Ansatzes gestehen den Medien zwar eine wichtige Rolle im Kriegsprozess zu, limitieren diese jedoch auf humanitäre Belange. Die Macht, einen Kriegszustand zu beenden, haben die Medien demzufolge nicht (Gilboa 2002: 732ff.; Robinson 2002).

Eine gängige Unterscheidung umfasst drei Wirkungsarten von Kriegsberichterstattung, die in fast allen Arten von internationalen Krisen identifiziert werden können (Livingston 1997): (1) die Beschleunigung der Entscheidungsfindung im politischen System, die durch die globale, zeitgleiche Berichterstattung erreicht werde, (2) die Verhinderung oder Erschwernis bei der Erreichung von policy-Zielen, etwa durch die Wirkung emotionaler Berichterstattung auf die öffentliche Meinung oder die Aufdeckung von geheimen militärischen Operationen, und (3) ein Agenda-Building im politischen Entscheidungssystem. Vertreter dieser Sichtweise sehen in der Politik-Agenda eine Spiegelung der Nachrichteninhalte.

Daneben arbeitete Wolfsfeld (1999) anhand des israelisch-palastinensischen Konflikts weitere Arten der indirekten Einflussnahme von Medien auf Politikentscheidungen heraus. Ihm zufolge können Medien das politische Ansehen eines Beteiligten, etwa

durch eine anwaltschaftliche Parteinahme von Journalisten verändern (Wolfsfeld 1999: 65 ff.). Politische Akteure müssen darauf durch eine Modifikation von Taktiken und Strategien oder durch eine interne Neuorganisation reagieren. Wolfsfeld unterteilt die Medien in drei Gruppen: Medien sind danach entweder treue Diener (faithful servants) der Obrigkeit oder halbwegs ehrliche Vermittler (semi-honest brokers), die Gegnern ein erhebliches Maß an Zeit und Raum für die Kritik an den bestehenden Obrigkeiten zur Verfügung stellen, oder aber Anwälte der Unterprivilegierten (advocates of the underdog), die die Vorwürfe gegenüber den Autoritäten noch verstärken (Wolfsfeld 1999: 69).

Obgleich es noch keine hinreichenden empirischen Belege für die Thesen über mögliche Wirkungen von Medien im Krieg gibt, scheinen die Überlegungen einen geeigneten Rahmen darzustellen, um verschiedene Rollen von Medien in Kriegen zu unterscheiden. Allerdings erscheint eine weitere Differenzierung angebracht: In einem „policy-interaction model“ entwickelt Robinson (2000) die Auffassung, dass Medien erst dann eine Wirkung entfalten, wenn im politischen System Unsicherheit herrscht. Eine andere Bedingung sei eine ausgedehnte Berichterstattung mit kritischen Frames. Ist die Politik jedoch nicht irritiert (z. B. durch Krisen), wird kritische Berichterstattung keinen Einfluss auf die Politik haben. Letztere wird vielmehr umfassendere Anstrengungen unternehmen, um ihre Belange und Handlungen voranzutreiben. In diesem Fall tendieren die Medien dazu, die Entscheidungen der Elite zu reflektieren und ihnen somit Unterstützung zukommen zu lassen (Robinson 2000).

Diese Bedingung nimmt Annahmen der Indexing-These auf, die im Grunde der Annahme einer Wirkung auf die Politik widerspricht, denn sie geht davon aus, dass die Medien die Regierungslinie abbilden. Damit können sie kaum Politikentscheidungen umlenken. In beiden Thesen spielt allerdings der Grad an Übereinstimmung im politischen System eine wichtige Rolle als Wirkungsbedingung.

Es erstaunt nicht, dass der Großteil der systematischen Forschung zum Themenkomplex Medien und Krieg und die ersten theoretischen Ansätze sich im vergangenen Jahrzehnt in den USA entwickelt haben. Doch mittlerweile gibt es auch genügend Fälle, in denen Kriege und Kriegsberichterstattung die Bundesrepublik Deutschland unmittelbar betreffen. Das hat die einschlägige Forschung im Lande angeregt. Dieses Themenheft versammelt eine Auswahl von Beiträgen auf der Grundlage aktueller Projekte aus der deutschen Forschung, die sich mit den medialisierten Kriegen und ihrer Darstellung in den Medien befassen.

6. Das Themenheft im Überblick

Die vorstehende kurze Skizze des Forschungsstandes hat drei Schwerpunktbereiche unterschieden, nach denen sich die vorliegenden Arbeiten zum Verhältnis von Medien und Krieg unterscheiden lassen: (1) die – von der Anzahl her dominierenden – Analysen der jeweiligen inhaltlichen Muster der Berichterstattung, (2) die Arbeiten zu den Einflüssen von Medien auf die kriegsbezogene Politik und (3) die Untersuchungen zum Einfluss der politischen Akteure auf die Kriegsberichterstattung. Nach diesen Schwerpunkten ist – wenn auch in anderer Reihenfolge – auch das vorliegende Themenheft gegliedert. Die Beiträge³ befassen sich mit den drei klassischen kommunikationswissenschaftlichen

3 Die meisten Beiträge basieren auf Vorträgen, die die Autoren auf der gemeinsamen Jahrestagung „Krieg als mediatisiertes Ereignis“ der Fachgruppe „Kommunikation und Politik“ der Deut-

Analyseschwerpunkten: Zunächst werden die Entstehungsbedingungen von Medienbotschaften in den Blick genommen, dann werden Reflektionen des Krieges in der Berichterstattung sowie die medialen Reflexionen darüber analysiert, und abschließend werden Wirkungen von Medieninhalten aus der Perspektive der Legitimierung von Kriegen durch Medien diskutiert.

6.1 Bedingungen der Kriegsberichterstattung und Einflüsse durch externe Akteure

Die Bedingungen für die Herstellung von Kriegsnachrichten haben sich durch die geopolitischen Umwälzungen und durch Globalisierungsphänomene im Medienbereich während der letzten Dekaden stark verändert. Mit zwei wesentlichen Aspekten dieser Veränderungen befassen sich die beiden ersten Beiträge in diesem Themenheft: dem zunehmend gründlicher organisierten Einsatz der Medien durch das Militär und dem Aufkommen neuer Player auf dem internationalen Nachrichtenmarkt.

Dass Medien für die Kriegspropaganda eingesetzt und als Mittel der Kriegsführung verwendet werden, dass der Krieg als Sphäre und Faktor der Medialisierung von Gesellschaften aufgefasst werden kann (Schulz 2004), ist nicht neu. Doch mit Beginn des 21. Jahrhunderts ist die öffentliche Kommunikation zu einem Hauptbestandteil des militärischen Arsenal geworden. Der Prozess der Medialisierung, der in allen Bereichen der Gesellschaft zu konstatieren ist, aber bislang vorwiegend im politischen Feld kommunikationswissenschaftlich untersucht wird, hat sich im militärischen Bereich rasant beschleunigt. Dazu hat ein Paradigmenwechsel wesentlich beigetragen, der durch die Strategen der mächtigsten Militärmacht der Welt betrieben wird. Von ihm handelt der erste Beitrag in diesem Heft.

Andrea Szukala schildert auf der Grundlage einer Analyse von Dokumenten aus der militärischen und politischen Administration der USA und diesbezüglichen Medienbeiträgen, wie „Informationsoperationen“ in den Rang einer strategischen Waffe erhoben wurden und in der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung militärische Ziele gegenüber außenpolitischen Zielen an Bedeutung gewannen. Nachdem sich in verschiedenen Militärkonflikten gezeigt hatte, dass militärische Überlegenheit – auch wegen der globalisierten, quasi synchronen Medienberichterstattung – sich nicht mehr ohne Weiteres in politische Überlegenheit umsetzen lässt, begann das US-Militär ab Mitte der 90er Jahre, Information als eigenständige militärische Fähigkeit anzusehen. In der so genannten Informationsdoktrin aus dem Jahr 1998 wurde schließlich Informationsüberlegenheit sogar zur Priorität allen militärischen Handelns erhoben. Unter dem Oberbegriff „Informationsoperationen“ wurden militärische und mediale Instrumente fusioniert. Dazu wurde das auf technische Aspekte fokussierte Konzept der elektronischen Kriegsführung erstens um Konzepte der Informationssicherung, der Öffentlichkeitsarbeit und Wahrnehmungssteuerung zum „Informationskrieg“ erweitert, um zweitens noch um die Instrumente der Public Diplomacy ergänzt zu werden. Wahrnehmungen unter Eliten, Soldaten und in der Zivilbevölkerung sollen mit dem obersten Ziel verändert werden, „dass Kriege so weit wie nur möglich in den Köpfen und nicht auf dem Schlachtfeld geführt und beendet werden können“. Information soll andere militärische Ressourcen schonen.

Das daraus erwachsene militärische Informationsmanagement richtet sich sowohl an

schen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK) und des Arbeitskreises „Politik und Kommunikation“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) in Hamburg am 13. und 14. Februar 2004 gehalten haben.

in- und ausländische Stakeholder in Politik und Gesellschaft als auch an die kriegsbeteiligten Parteien. Legitimation, Abschreckung und Täuschung gehören zu den wichtigen Zielen. Auf der strategischen Ebene geht es darum, Konflikte abzuwenden und Entwicklungsprogramme der Gegenseite zu stören. Auf der operationellen Ebene sollen die gegnerischen Informationsinfrastrukturen und Entscheidungsketten durch Information gestört und eine positive Einstellung der eigenen Öffentlichkeit erreicht werden. Auf der taktischen Ebene wird schließlich die völlige Kontrolle über die Öffentlichkeitseffekte auf das individuelle Handeln der Soldaten im Kampf und bei zivilen Operationen angestrebt. Schließlich vermag das Handeln eines einzelnen Soldaten unter heutigen Bedingungen sehr schnell gravierende Wirkungen auf die internationale Öffentlichkeit auszulösen.

Diese Ziele werden mit verschiedenen Mitteln angestrebt: Neben der Sicherung der eigenen Informations- und Befehlsketten gilt die Steuerung und Selektion von Informationsflüssen als entscheidend für die militärische Überlegenheit im Krieg und im Frieden. Die Störung der gegnerischen Informationsprozesse durch Überinformation (Information Overload) wird als ebenso essentiell angesehen wie systematische Täuschungsmanöver (Deception) und das Vervielfältigen der Wirkung von Waffen durch Kommunikation (Force Multiplication). Für all diese Strategien werden auch die Massenmedien eingesetzt: Das Embedding von Journalisten in Kampfverbände, die Planung und Umsetzung militärisch-medialer Themenkampagnen und der Aufbau militäreigener Fernsehsender sind nur einige Beispiele aus dem Instrumentarium.

Dass die neuen Konzepte zumindest auf kurze Sicht erfolgreich waren, macht Szukala auch daran fest, dass die USA 2002, im zweiten Krieg gegen den Irak nur ein Zehntel der Kriegsgefangenen im Vergleich zum ihrem ersten Irakkrieg von 1991 machten – hatten doch dieses Mal Scharen irakischer Soldaten die Teilnahme am Krieg verweigert. Szukala macht allerdings auch deutlich, dass sich aus den Steuerungserfolgen einer intensivierten und systematisierten Medienarbeit durch Militär und Regierung zumindest langfristig das große Problem einer „wachsenden Glaubwürdigkeitslücke“ ergibt.

Die enorm gestiegene strategische Beachtung, die den Massenmedien mittlerweile zukommt, findet unter ihren wichtigsten Ursachen eine Entwicklung im nahöstlichen Krisengebiet, die *Oliver Hahn* beleuchtet: die Entstehung international einflussreicher, unabhängiger Medienoutlets in Arabien. Diese weltweit beachteten Satelliten-Nachrichtenfernsehsender führten als neue Leitmedien zu einem Strukturwandel des bislang von Reuters, BBC, AP und CNN eng oligopolisierten globalen Bildnachrichtenhandels: „Auf weltweit entgrenzten Medienmärkten konkurrieren nunmehr anglo-amerikanische „TV News Leaders“ (...) mit einer jungen Generation politisch relativ unabhängigen Satelliten-Fernsehens aus der arabischen Welt (...).“ Dieses Fernsehen bildet ein noch weitgehend unerforschtes Feld, das Hahn exploriert, indem er die Konfliktberichterstattung der Sender Al-Jazeera, Abu-Dhabi TV und Al Arabiya untersucht, den strukturellen Grundlagen ihrer Entwicklung nachgeht und daraus schließlich Thesen über die Folgen für die Konfliktberichterstattung ableitet.

Obwohl die Berichterstattung der arabischen Satellitensender, vor allem von Al-Jazeera, über den Afghanistan-Krieg und den dritten Golfkrieg in der Folge der Anschläge vom 11. September 2001 in vielen wissenschaftlichen Veröffentlichungen als bedeutsam angesehen wird, liegen dazu kaum systematische Inhalts- oder Strukturanalysen vor. Hahn gibt einen Überblick über vorliegende, meist essayistisch-deskriptive Analysen und kommt zum Schluss, dass gerade bei Al-Jazeera ein „Trend zur extremen Politisierung, Polarisierung, Personalisierung und Emotionalisierung“ zu beobachten sei, der mit einem kulturellen, d. h. pro-arabischen Bias einhergehe. Darin würden sich die

arabischen Sender allerdings nicht von ihren amerikanischen Pendanten CNN und FOX News unterscheiden. Deren Programme seien ebenfalls durch eine Symbiose aus Journalismus und Patriotismus geprägt – eben nur aus der Perspektive der Gegenseite.

Wie die Analyse ihrer Geschichte und Struktur zeigt, sind die nahöstlichen Satellitensender Grenzgänger zwischen journalistischen Kulturen. Sie orientieren sich einerseits an Objektivitätsidealen aus der anglo-amerikanischen Tradition des Journalismus. Al-Jazeera reagierte auf westliche Kritik an seiner Berichterstattung sogar mit dem Erlass eines Ethik-Kodex¹. Im mangelnden Willen dieses Senders, sich explizit zur panarabischen Parteilichkeit zu bekennen, liegt der Grund dafür, dass er nicht in die Vereinigung arabischer Rundfunksender aufgenommen wird. Auch die übrigen Sender lassen sich nicht einfach mit den Traditionen des regional üblichen Staatsrundfunks identifizieren. Andererseits sind alle Sender – trotz rechtlicher Unabhängigkeit – wirtschaftlich und durch informelle Macht noch in hohem Maße von den Staatsoberhäuptern ihrer Länder abhängig, die bei Al-Jazeera und Abu-Dhabi TV zudem als Gründerväter fungierten. Damit lässt sich auch erklären, dass ihre Berichterstattung nur selten die Innenpolitik des Heimatlandes thematisiert.

Die Schlussfolgerungen Hahns lauten, dass die neuen arabischen Satellitensender zwar die Vielfalt von Perspektiven und Quellen der Konfliktberichterstattung aus dem Nahen Osten erhöhen. Doch werde die analytische Qualität der Berichterstattung durch diese Sender nur wenig gesteigert – auch weil von westlichen Sendern oftmals nur die dekontextualisierten Bilder übernommen würden. Die Effekte der Sender werden vorwiegend in ihrer Rezeption durch die Medien anderer Regionen gesehen, vor allem der westlichen Industrienationen. Die Triebkraft von Al-Jazeera und ähnlichen Sendern für die Demokratisierung und Säkularisierung in der Region sei dagegen auf mittlere Sicht allenfalls gering.

Um den Einfluss, den politische Eliten in demokratischen Systemen auf die Inhalte der Kriegsberichterstattung ausüben, geht es im dritten und letzten Beitrag des ersten Themenblocks. Darin untersucht *Adrian Pohr* am Fall des Afghanistan-Kriegs eine der wenigen harten Hypothesen, die durch die – an nomologisch-deduktiver Methodik arme – Erforschung von Kriegsberichterstattung hervorgebracht wurde. Die Rede ist von der Indexing-Hypothese, die Lance W. Bennett formuliert hat. Ihr zufolge findet kritische Berichterstattung über Konflikte nur in dem Maße statt, wie kritische Argumente durch die Diskurse der politischen Eliten vorgegeben werden. Im Fall des Konsenses zwischen Regierung und Opposition wird Kritik folglich unterbleiben. In Kriegen herrscht eine besonders starke Abhängigkeit von Quellen aus der politischen Elite, weil die Regierung eine besonders starke Informationskontrolle ausüben kann, da der Zugang zu Schauplätzen schwierig ist und weil patriotische Motive der Journalisten *ceteris paribus* stärker ins Gewicht fallen. Eine Erweiterung der Indexing-Hypothese durch Jonathan Mermin schwächt diese dahingehend ab, dass die Medien zwar selbst im Konsensfall zwischen Politikern noch Anlass zur Kritik finden, dass diese Kritik sich aber nicht gegen die Legitimation des Krieges richtet, d. h. das „Warum und Ob“ betrifft. Vielmehr wird die Performanz von Politikern und Militärs im Krieg kritisiert, also das „Wie“ negativ beurteilt.

Etliche empirische Untersuchungen des US-amerikanischen Falles haben beide Varianten der Hypothese weitgehend bestätigt. Allerdings vermutet Pohr, dass deutsche Medien sich weniger eng als US-amerikanische an den Meinungen der politischen Eliten orientieren – ihres eher aktiv-kritischen Selbstverständnisses und der größeren Medienvielfalt wegen. Er überprüft seine Annahmen anhand einer Untersuchung von Kommentaren der fünf Qualitätszeitungen. In diesen Kommentaren erhebt er unter-

stützende oder kritisierende Aussagen zum Einsatz von deutschen oder anderen Truppen im Afghanistankrieg. Der Untersuchungszeitraum umfasst die Zeit zwischen dem Anschlag auf das World Trade Center und dem Ende der Talibanherrschaft durch den Sieg ihrer Gegner im gleichen Jahr. Das Meinungsspektrum der politischen Eliten macht er an den Positionen der im Bundestag vertretenen Parteien fest. Von ihnen waren alle außer der PDS für den Kriegseinsatz in Afghanistan.

Pohrs Annahmen werden insofern bestätigt, als Kritik in Kommentaren der deutschen Qualitätszeitungen weitaus seltener geäußert wurde als Unterstützung für den Afghanistankrieg. Dabei fällt zwar insgesamt noch mehr als ein Drittel aller Meinungsäußerungen kritisch aus. Auch zeigt sich, dass der Anteil Kritik umso höher war, je weiter links eine Zeitung verortet werden kann. In dem am weitesten links stehenden Medium, der taz, überwiegt die Kritik sogar. Allerdings entfällt in allen Zeitungen, ganz entsprechend der erweiterten Indexing-These von Mermin, der Löwenanteil der Kritik auf Aspekte der Performanz im Krieg, während die Legitimation weitaus unkritischer dargestellt wird. Insgesamt wird das „Warum und Ob“ des Krieges nämlich nur zu einem Viertel kritisch, zu drei Vierteln unterstützend kommentiert. Selbst die taz präsentiert noch deutlich häufiger (nämlich zu 57 %) Meinungen, die den Krieg als gerechtfertigt einstufen. Dagegen enthalten die Kommentare zum „Wie“ des Krieges zu 47 Prozent kritische, zu 53 Prozent unterstützende Stellungnahmen. Ob die Ursache dieser Muster tatsächlich darin zu sehen ist, dass sich die Medien an den Äußerungen von Parlamentariern und Parteien orientierten oder ob sich beide Meinungsverteilungen aus anderen Gründen ähneln, muss bei der angewendeten Methode allerdings offen bleiben, die nur Medieninhalte bzw. nur eine Meinungskonstellation in einem Krieg betrachtet.

6.2 Reflektion und Rereflektion von Kriegen

Dass die Muster der Kriegsberichterstattung sich in starkem Maß durch Vorgänge im politischen System erklären lassen, ergibt auch die Analyse von *Helmut Scherer, Romy Fröblich, Bertram Scheufele, Simone Dammert und Natascha Thomas*. Sie untersuchen, wie sich die inhaltlichen Struktur der Berichterstattung über die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik entwickelt hat, die insbesondere durch den starken Wandel der geostrategischen Situation nach der Auflösung des Warschauer Paktes als sehr relevantes Feld gelten kann. Eine längsschnittlich angelegte Inhaltsanalyse der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) und der Süddeutschen Zeitung (SZ) wird durchgeführt, die den Zeitraum zwischen 1989 und 2000 umfasst.

Die Autoren decken mit einer explorativen Clusteranalyse vier dominante Frames in der Berichterstattung auf und können damit zeigen, dass sich der Mediendiskurs eng an den Stufen des politischen Prozesses orientiert. So drehen sich Beiträge mit sicherheits- oder verteidigungspolitischem Schwerpunkt in der FAZ und der SZ entweder um die Entscheidungsfindung und -vorbereitung im politischen System der Bundesrepublik (Frame „deutsche verteidigungspolitische Debatte“) oder um die politische Umsetzung solcher Entscheidungen, die üblicherweise die Bundeswehr betreffen (Frame: „deutsches verteidigungspolitisches Handeln“). Die beiden übrigen Frames drehen sich erstens um den internationalen Aspekt der Verteidigungspolitik („Bündnispolitik“) und zweitens um das militärische Handeln der Bundeswehr („Bundeswehreinsätze“).

Wie sich zeigt, löste die neue deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik verstärkte Beachtung durch die Medien aus. Als zentrales Schlüsselereignis wird der Somalia-Einsatz der Bundeswehr identifiziert, in dessen Folge sich die Selektionskriterien änderten.

Mit zeitreihenanalytischen Verfahren wird eine bestimmte Ablauflogik der Berichterstattung aufgedeckt. Diese besteht auch darin, dass verteidigungspolitische Maßnahmen eine Diskussion von Verteidigungspolitik offenbar eher auszulösen scheinen, als dass umgekehrt die Diskussion diese Maßnahmen vorbereiten würde. Die politische Diskussion wird also häufig erst dann geführt, wenn der Kriegseinsatz schon stattgefunden hat – und das mit erheblichem zeitlichen Abstand. Der Grund dafür liegt zum einen darin, dass die deutsche Sicherheitspolitik in den 90er Jahren „von einem gewissen Aktionismus getrieben war“ und notwendige Debatten erst verspätet geführt wurden. Zum anderen ergibt sich der zeitliche Verzug daraus, dass die Vorbereitung sicherheitspolitischer Maßnahmen in parlamentarischen Ausschüssen und in der Verwaltung durch die Medien kaum beachtet wird, weil sie zu unspektakulär und zu komplex verläuft. Erst die parlamentarische Verabschiedung entspricht dann genügend Nachrichtenfaktoren, um die Aufmerksamkeitsschwelle der Medien zu überschreiten.

Weitere Muster der Kriegsberichterstattung, die sich aus den spezifischen Selektionslogiken im Mediensystem heraus erklären lassen, werden im Beitrag von *Wolfgang Donsbach, Olaf Jandura und Diana Müller* betrachtet, die das journalistische Rollen selbstbild und die redaktionelle Linie von Medien ins Visier nehmen. Die Autoren untersuchen Aussagen in der Berichterstattung von deutschen und amerikanischen Printmedien, soweit sie sich zum Thema des Embedding im vergangenen Irakkrieg äußern, also zum Vorgehen der US-amerikanischen und britischen Armee, Journalisten offiziell in Kampfverbände zu integrieren und so unmittelbar am Krieg teilhaben zu lassen.

Das Ergebnis, wonach Embedding umso kritischer dargestellt wird, je weiter links ein Medium auf der politischen Skala rangiert, ist angesichts einer großen Zahl von Belegen für die Effekte der redaktionellen Linie auf die Nachrichtenauswahl deutscher Medien nicht besonders überraschend. Auch die Analyse im Beitrag von Pohr hatte ja gezeigt, dass aus einer linken Positionierung ein gesteigertes Maß an Kriegskritik folgte – in diesem Fall am Afghanistankrieg.

Das zweite zentrale Ergebnis von Donsbach, Jandura und Müller, wonach Embedding in deutschen Medien insgesamt wesentlich kritischer dargestellt wurde als in US-amerikanischen, hätte man aus verschiedenen Gründen ebenfalls erwarten können. Dies kann z. B. etwas mit einer „Rally-around-the-Flag“ unter Journalisten zu tun haben, damit dass unterschiedliche Erwartungen der nationalen Leserschaften erfüllt werden, damit dass weitaus mehr amerikanische Journalisten als deutsche selbst in Kampfverbände eingebettet waren oder eben auch mit Unterschieden in den journalistischen Kulturen Deutschlands und der USA. Donsbach, Jandura und Müller konzentrieren sich auf die letzte Möglichkeit. Die positivere Darstellung des Embedding interpretieren sie so, dass amerikanische Journalisten im Embedding die Möglichkeiten sehen, „dem Publikum ein umfassenderes Bild des Krieges bieten (zu) können.“ Im deutschen Journalismus dagegen „hat die eigene Recherche nicht den gleichen Stellenwert und es wird auch immer noch nicht in gleichem Maße recherchiert wie im angelsächsischen“, weshalb hierzulande eher die negativen Seiten des Embeddings im Vordergrund stünden.

Kritik an der Qualität der Kriegsberichterstattung wird nicht nur durch die Kommunikationswissenschaft geübt. In zunehmendem und inzwischen ganz erheblichem Maße thematisieren die Medien selbst, wie im Krieg berichtet wird, üben Selbstreflexion und Selbstkritik. Zu diesem Ergebnis kommen die nächsten beiden Beiträge, die sich beide mit Metaberichterstattung befassen.

Eine längsschnittlich angelegte Inhaltsanalyse der Irakkriegsberichterstattung in den Qualitätszeitungen durch *Frank Esser, Christine Schwabe und Jürgen Wilke* zeigt, dass die Metaberichterstattung im dritten Golfkrieg von 2003 wesentlich umfangreicher aus-

fiel als noch im zweiten Golfkrieg von 1991. Dabei stellen sich Medien selbst zunehmend als aktiv Beteiligte dar. Als Ursache für diese Entwicklung sehen die Autoren die zunehmende Medialisierung von Kriegen. Metaberichterstattung wird „als Reaktion eines professionellen Journalismus auf die veränderten Berichterstattungsbedingungen in modernen Kriegen verstanden“. Die Autoren definieren Metaberichterstattung sogar dadurch, dass es sich um Berichterstattung über medialisierte Ereignisse handeln muss, bei der die Rolle des Nachrichtenjournalismus thematisiert werde. Damit greifen sie ein Konzept von Esser und d'Angelo auf. Es umfasst neben der genannten Definition die Annahme, dass sich Metaberichterstattung durch vier spezifische Frames auszeichnet: Durch den „Vermittlungsframe“ wird die eigene Rolle des Journalismus als passive Verbreitungsinstanz thematisiert. Durch den „Strategischen Akteursframe“ stellen sich Medien als autonome politische Akteure dar. Der „Verantwortlichkeitsframe“ besteht in einer gemeinwohlorientierten Reflektion journalistischen Handelns. Dieses bislang nur auf die Wahlkampfberichterstattung angewendete Konzept lässt sich im vorliegenden Beitrag weitgehend problemlos auf die Kriegsberichterstattung übertragen. Allerdings muss dafür ein vierter Frame eingeführt werden, der „Selbstdarstellungsframe“. Dabei geht es um „Selbstbespiegelung journalistischer Einzelpersönlichkeiten“, die ihre Subjektivität zum Mittelpunkt machen. Die Selbstkritik der Medien im Fall der Kriegsberichterstattung lässt sich also als Teil eines allgemeineren Phänomens begreifen, in dessen Rahmen zunehmende Medialisierung der Ereignisse zu einer zunehmenden Medialisierung der Berichterstattung führt. Wie die Autoren allerdings auch feststellen, fand Selbstthematisierung in einem engeren Sinn kaum statt. Es unterblieb nämlich ganz weitgehend, dass Medien die Berichterstattung der eigenen Organisation reflektierten. Metaberichterstattung ist also Berichterstattung über andere Medien.

Kriterien, mit denen sich die Qualität der Medienkritik beurteilen lässt, entwickelt *Christiane Eilders*. So fordert sie, dass Urteile begründet werden müssten, dass Ereignisse durch Deutungen in einen Kontext zu stellen seien und vom Einzelfall zu abstrahieren sei, um durch „thematische Berichterstattung“ allgemeine Gesetzmäßigkeiten aufzudecken. Diese Maßstäbe wendet sie in einer quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse auf die Medienkritik an der Berichterstattung über den dritten Golfkrieg an, die durch führende deutsche Nachrichtenblätter aus dem Zeitungs- und Zeitschriftensegment geübt wurde. Anknüpfend an öffentlichkeits-theoretische Vorstellungen und mit Blick auf die zunehmende Medialisierung von Kriegen argumentiert sie, dass auch die Kritik der Kriegsberichterstattung zu einer kritischen Auseinandersetzung der Gesellschaft mit ihren Medien beitragen kann, wenn die entwickelten Kriterien beachtet werden.

Diese Untersuchung zeigt, dass im dritten Golfkrieg reichlich Medienkritik geübt wurde und dass sie „weit über die Medienseiten hinausging“. Als Ziele der Kritik standen das Fernsehen und die US-amerikanischen Medien im Mittelpunkt. In inhaltlicher Hinsicht wurde vor allem die einseitige Berichterstattung kritisiert. Daneben war häufig auch die unreflektierte bzw. ungenügend kontextualisierte Verwendung von Bildern ein Thema sowie die Ungewissheit und der Mangel an Information, die die journalistische Arbeit prägten. Auch Eilders stellt fest, dass Medienkritik einen blinden Fleck aufweist, da Selbstkritik der organisationseigenen Berichterstattung sich auch bei dieser Untersuchung nicht nachweisen ließ.

Insgesamt, so Eilders, sprächen ihre Befunde zwar für eine kritische Beobachtung der Kriegsberichterstattung und damit für eine gewisse Qualitätskontrolle durch die Medienkritik, nicht aber für einen substanziellen Beitrag der Medienkritik „zur gesellschaftlichen Selbstverständigung“ über die Funktionen und Leistungen von Medien im

Krieg. Zu sehr dominiere das illustrative, den Einzelfall Darstellende, zu wenig präsent seien „Deutungen und Erläuterungen von Gesetzmäßigkeiten“.

6.3 Legitimierung von Kriegen durch Berichterstattung

Eine zentrale Wirkung von Kriegsberichterstattung besteht darin, dass sie Kriege legitimieren oder delegitimieren kann. Dadurch vermag sie den Kriegsverlauf selbst zu beeinflussen, indem sie entweder für den nötigen Rückhalt in der Bevölkerung und für politische Unterstützung sorgen kann oder eben dafür, dass beides entzogen wird. Die abschließenden beiden Beiträge in diesem Themenheft befassen sich mit diesem Topos.

Bertram Scheufele untersucht einen impliziten Mechanismus der Legitimierung, in dem er Rollenzuschreibungen unter die Lupe nimmt, die die Beteiligten am Kosovokrieg in der Berichterstattung der beiden deutschen Nachrichtenmagazine Spiegel und Focus kennzeichneten. Die explorative Studie zeigt, dass im Spiegel wie im Focus Serben üblicherweise als Täter und Kosovo-Albaner als Opfer auftauchten. Dies entsprach weit verbreiteten Vorstellungen in der Bevölkerung und stützte die Problemdefinition der Bundesregierung. Auch durch andere Zuschreibungen wurde das Handeln der Bundesregierung legitimiert. So stellte der Focus die Regierungsmitglieder als verantwortungsvoll und realistisch dar und der Spiegel vermittelte den Eindruck, dass die Regierung den kriegskritischen Kurs der eigenen Parteien, der Oppositionsparteien sowie der Gesellschaft aufgriff. Delegitimierende Rollenzuschreibungen finden sich ebenfalls in beiden Magazinen – im Spiegel seltener als im Focus, der der Regierung vor allem den Rückhalt in der eigenen Partei absprach.

Scheufele argumentiert, dass seine Analyse von Rollenzuschreibungen ein differenzierteres Bild ergibt als andere Untersuchungen der medialen Legitimation des Kosovokrieges, die einen weitgehend starken Konsens auf der Ebene der expliziten Argumentation ausgemacht haben. Mit Rollenzuschreibungen haben Journalisten sicherlich ein besonders subtiles Instrument für die Konstruktion von Kriegsberichterstattung in der Hand. Es wird als Komponente von Kriegsdiskursen für die Forschung noch zusätzlich dadurch interessant, dass die Personalisierung von Nachrichten nach wie vor fortschreitet.

Am selben Fall, dem Kosovokrieg, untersucht *Evelyn Bytzek*, inwiefern die Berichterstattung der FAZ und der SZ legitimierende Inhalte umfasste. Die Ergebnisse dieser Inhaltsanalyse setzt sie in Beziehung zu Umfragedaten, die die Popularität deutscher Politiker und Parteien abbilden. Damit soll geprüft werden, ob die Medienberichterstattung den „Rally-round-the-flag“-Effekt moderieren kann, der sich darin äußert, dass Kriege die Regierungspopularität steigern. Tatsächlich findet Bytzek Belege dafür, dass sich die starke Präsenz des Kosovokrieges in den untersuchten Medien und die im Sinne der Regierung positiv verlaufende Thematisierung für eine Rally verantwortlich machen lässt. Wie Bytzeks Inhaltsanalyse zeigt, dominierte in der Berichterstattung sowohl der Frankfurter Allgemeinen Zeitung als auch der Süddeutschen Zeitung in thematischer Hinsicht die Diskussion um die Legitimität des Kosovokriegs. Dabei war während der vier untersuchten Monate in beiden Tageszeitungen der Tenor der Legitimitätsdiskussion positiv, d. h. im Einklang mit der Argumentation der Regierung. Anders verhielt es sich beim zweitwichtigsten Aspekt, der militärischen Performanz. Sie wurde in beiden Zeitungen im ersten Monat noch gemischt, in allen weiteren Monaten durchweg und in ähnlichem Ausmaß negativ beurteilt. Insgesamt verschlechtert sich die anfangs noch ausgesprochen regierungsfreundliche Tendenz in beiden Zeitungen mit Fortdauer des Krieges deutlich. Diese ausgeprägten Ähnlichkeiten der Berichterstattung beider Qua-

litätszeitungen erstaunen, gerade angesichts der grundsätzlich unterschiedlichen redaktionellen Linien, doch lassen sie sich gut mit der Indexing-Hypothese erklären, die offenbar auch im Kontext des Kosovokrieges zutrifft.

Ganz im Einklang mit den Ergebnissen der Inhaltsanalyse entwickelten sich die Popularitätswerte von Regierungspolitikern und der großen Regierungspartei, SPD: Im ersten Kriegsmonat stiegen sie unter den Anhängern aller Parteien. Die Bevölkerung scharte sich um die Regierung. Bei prominenten Politikern der Grünen lässt sich die gleiche Entwicklung beobachten, allerdings nicht bei der Partei insgesamt. Sie profitierte nicht. Das im zweiten Monat beginnende Ende der Rally und die weitgehende Rückkehr zu den ursprünglichen Popularitätswerten lassen sich ebenfalls mit der Berichterstattung erklären, da im Verlauf des Krieges darin Aspekte die Oberhand gewannen, die die Position der Regierung nicht mehr stützten, sondern eher zu ihrer Unterminierung geeignet waren.

Die Ergebnisse belegen, dass die Parteineigung als Prädisposition für oder gegen die Regierung durch eine konsonant regierungsfreundliche Berichterstattung offenbar kurzzeitig außer Kraft gesetzt werden kann. Interessant an Bytzeks Ergebnissen ist auch die Beobachtung, dass die geschilderte Popularitätsentwicklung sich weitgehend identisch in den alten und in den neuen Bundesländern zeigte, wenngleich die Bevölkerung in den neuen Ländern generell eine wesentlich kritischere Haltung zum Kosovokrieg hatte. Auch dies spricht für die Hypothese von der Rally als medienbedingtem Effekt.

7. Fazit

Die Beiträge in diesem Themenheft belegen die rege Aktivität, die die deutsche Kommunikationswissenschaft bei der Erforschung der Beziehung zwischen Kriegen und Medien an den Tag legt. Von zentraler Bedeutung ist dabei das Konzept der Medialisierung. Mit ihm lassen sich tief greifende Veränderungen erklären, die Veränderungen des internationalen Mediensystems ebenso betreffen wie den Umgang von Militär und Politik mit den Medien in Kriegssituationen. Außerdem wirkt die Medialisierung auf die Berichterstattung der Medien selbst zurück: Sie sind gezwungen, ihr sprunghaft gestiegenes Einflusspotenzial im Krieg zu thematisieren. Schließlich betrifft Medialisierung auch die Wirkung der Massenmedien, die Legitimation von Kriegen in Sonderheit, die mehr denn je davon abhängt, was die Medien berichten.

Es hat sich gezeigt, dass sich Gesetzmäßigkeiten wie das Indexing-Phänomen und die Rally-around-the-Flag auch im deutschen Fall nachweisen lassen. Auf der anderen Seite haben sich Besonderheiten des deutschen Mediensystems, wie z. B. die große Pressevielfalt und Spezifika der journalistischen Kultur, als einflussreich auch im Falle der Kriegsberichterstattung erwiesen.

Viele Schwächen, die an der anglo-amerikanischen Forschung zu kritisieren sind, betreffen – das hat sich auch gezeigt – ebenso ihr deutsches Pendant. Die weitere Entwicklung wird davon profitieren, wenn Studien zur Medialisierung von Kriegen und zur Kriegsberichterstattung weniger explorativ und strenger hypothesengeleitet vorgehen werden, wenn ad-hoc-Empirie zugunsten von Theoriebildung in den Hintergrund treten sollte, wenn sich die Forschung weniger an historischen Singularitäten orientieren wird und stärker vergleichend ausrichtet und wenn bei allen, insbesondere forschungsökonomischen Vorteilen der quantitativen Inhaltsanalyse die Kommunikationswissenschaftler/innen sich stärker auf die methodische Vielfalt besinnen, die ihre Disziplin insgesamt kennzeichnet.

Literatur

- Albrecht, Ulrich/Becker, Jörg (Hrsg.) (2002): Medien zwischen Krieg und Frieden. Baden-Baden: Nomos.
- Becker, Jörg (2002): Medien im Krieg. In: Albrecht, Ulrich/Becker, Jörg (Hrsg.): Medien zwischen Krieg und Frieden. Baden-Baden: Nomos, S. 13–26.
- Bennett, W. Lance (1990): Toward a Theory of Press-State Relations in the United States. In: *Journal of Communication* 40/2, S. 103–125.
- Bennett, W. Lance/Manheim, Jarol B. (1993): Taking the Public by Storm: Information, Cuing, and the Democratic Process in the Gulf Conflict. In: *Political Communication* 10, S. 331–351.
- Beuthner, Michael u. a. (Hrsg.) (2003): Bilder des Terrors – Terror der Bilder? Krisenberichterstattung am und nach dem 11. September. Köln: Herbert von Halem.
- Buonanno, Milly (1993): News-values and Fiction-values: News as Serial Device and Criteria of Fictionworthiness in Italian Television Fiction. In: *European Journal of Communication* 8(2), S. 177–202.
- Bussemer, Thymian (2003): Medien als Kriegswaffe. Eine Analyse der amerikanischen Militärpropaganda im Irak-Krieg. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 49–50/2003, S. 20–28.
- Dominikowski, Thomas (1993): „Massen“medien und „Massen“krieg. Historische Annäherung an eine unfriedliche Symbiose. In: Löffelholz, Martin (Hrsg.): Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 33–48.
- Dominikowski, Thomas (2004): Massenmedien und Massenkrieg. Historische Annäherungen an eine unfriedliche Symbiose. In: Löffelholz, Martin (Hrsg.): Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 59–80.
- Eilders, Christiane/Lüter, Albrecht (2000): Germany at War. Competing Framing Strategies in German Public Discourse. In: *European Journal of Communication* 15(3), S. 415–428.
- Entman, R. M./Page, Benjamin I. (1993): The News before the Storm. The Iraq War Debate and the Limits to Media Independence. In: Bennett, W. Lance/Paletz, David L. (Hrsg.): Taken by Storm: The Media, Public Opinion, and US Foreign Publicity in the Gulf War. Chicago, London: University of Chicago Press, S. 82–101.
- Galtung, Johan/Ruge, Mari Holmboe (1965): The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crises in Four Foreign Newspapers. In: *Journal of Peace Research* 2 (1965), S. 64–91.
- Gilboa, Eytan (ed.) (2002): Media and Conflict: Framing Issues, Making Policy, Shaping Opinions. Ardsley, NY: Transnational.
- Gilboa, Eytan (2005): The CNN Effect: The Search for a Communication Theory of International Relations. In: *Political Communication* 22, S. 27–44.
- Gleich, Uli (2003): Qualität im Journalismus am Beispiel der Kriegsberichterstattung. In: *Media Perspektiven* 3/2003, S. 139–148.
- Hallin, Daniel C. (1994): We Keep America on Top of the World. Television journalism and the public sphere. London, New York: Routledge.
- Hickethier, Knut (1991): Fernsehen, Fern-Sehen und Golfkrieg. TV-Kriegsberichterstattung als Ereignisproduktion. In: Jürgen Felix/Peter Zimmermann (Hrsg.): Der Golfkrieg in den Medien. Marburg 1991 (Augenblick Nr. 11), S. 35–47.
- Hickethier, Knut (1997): Fernsehnachrichten als Erzählung der Welt. Überlegungen zu einer Theorie der Nachrichtenerzählung. In: *Rundfunk und Fernsehen* 1 (45), S. 5–18.
- Imhof, Kurt/Schulz, Peter (Hrsg.) (1995): Medien und Krieg – Krieg in den Medien. Zürich: Seismo Verlag.
- Kempff, Wilhelm (Hrsg.) (1990): Medienkrieg oder „Der Fall Nicaragua“. Politisch-psychologische Analysen über US-Propaganda und psychologische Kriegsführung. Berlin, Hamburg: Argument.
- Knieper, Thomas/Müller, Marion G. (Hrsg.) (2005): War Visions. Bildkommunikation und Krieg. Köln: von Halem Verlag.
- Kohring, Matthias/Görke, Alexander/Ruhrmann, Georg (1996): Konflikte, Kriege, Katastrophen. Zur Funktion internationaler Krisenkommunikation. In: Meckel, Miriam/Kriener, Markus

- (Hrsg.): Internationale Kommunikation. Eine Einführung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 283–298.
- Livingston, Steven (1997): Clarifying the CNN Effect. An Examination of Media Effects According to Type of Military Intervention. The Joan Shorenstein Center, Research Paper R-18.
- Löffelholz, Martin (Hrsg.) (1993): Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Löffelholz, Martin (Hrsg.) (2004): Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Löffelholz, Martin (2004a): Krisen- und Kriegskommunikation als Forschungsfeld. In: Ders. (Hrsg.): Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 13–55.
- McLeod, Douglas/Eveland, William P./Signorelli, Nancy (1994): Conflict and Public Opinion: Rallying Effects of the Persian Gulf War. In: *Journalism Quarterly* 71 (1), S. 20–31.
- Mermin, Jonathan (1999): Debating war and peace: media coverage of US intervention in the Post-Vietnam era. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Parker, Suzanne (1995): Toward an Understanding of „Rally“ Effects: Public Opinion in the Persian Gulf War. In: *Public Opinion Quarterly*, 59 (4), S. 526–546.
- Robinson, Piers (2000): The Policy-Media Interaction Model: Measuring Media Power During Humanitarian Crisis. In: *Journal of Peace Research*, 37/5, S. 613–633.
- Robinson, Piers (2001): Theorizing the influence of media on world politics. Models of media influence on foreign policy. In: *European Journal of Communication* 16/4, S. 523–544.
- Robinson, Piers (2002): Global Television and Conflict Resolution. Defining the Limits of the CNN Effect. In: Gilboa, Eytan (2002) (Hrsg.): Media and Conflict: Framing Issues, Making Policy, Shaping Opinions. Ardsley, NY: Transnational, S. 175–191.
- Salam Pax (2003): Let's get bombed – Schöne Grüße aus Bagdad. Berlin: Econ.
- Schlüter, Carsten (2004): Information Operations. Die Weiterentwicklung US-militärischer Strategien zur Instrumentalisierung der Medien. In: Löffelholz, Martin (Hrsg.): Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 239–254.
- Schrader, Gunther (2002): Zensur und Desinformation in Kriegen. In: Albrecht, Ulrich (Hrsg.): Medien zwischen Krieg und Frieden. Baden-Baden: Nomos, S. 45–54.
- Schulz, Winfried (2004): Reconstructing Mediatization as an Analytical Concept. In: *European Journal of Communication* 1 (19), S. 87–101.
- Szukala, Andrea (2003): Medien und öffentliche Meinung im Irakkrieg. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B24–25/2003, S. 25–34.
- Weiß, Hans-Jürgen/Maurer, Torsten (2005): National und staatstragend. Wie sich die Rolle der Medien in internationalen Krisen und Kriegen verändert. Vortrag auf der Jahrestagung „Medien als Akteure im politischen Prozess“ der Fachgruppe Medien und Politik. Universität Hohenheim.
- Weiß, Moritz/Weiß, Hans-Jürgen (2005): Indexing. A General Approach for Explaining Political Tendencies in War Coverage. Annual Conference of the International Communication Association (ICA), 27. Mai 2005, New York.
- Wilke, Jürgen (1995): Krieg als Medienereignis – Konstanten und Wandel eines endlosen Themas. In: Kurt Imhof/Peter Schulz (Hrsg.): Medien und Krieg – Krieg in den Medien. Zürich: Seismo Verlag, S. 21–35.
- Wilke, Jürgen (1997): Pressepolitik und Propaganda. Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg. Köln u. a.: Böhlau.
- Wolfsfeld, Gadi (1999): Media and political conflict. News from the Middle East. Cambridge: Cambridge University Press.